

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 6000 Mark. Einzelne Nummern 200 Mark.
Vertriebspreis: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.



Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteil 400 Mark, die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teil 800 Mark, unter Eingeliefert 1000 Mark. Grundlegung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Vollage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabstufung der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufskarte von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 92

Freitag, 20. April

1923

Die verlorene Marneeschlacht der Reichsbank.

337. Reichstags-Sitzung vom 19. April.
Die zweite Beratung des Reichshandelsplans wird mit dem Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt.

Abg. Dr. Herk (Soj.):

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist im hohen Maße ernst. Die Schwierigkeiten ergeben sich vor allem aus der Unübersichtlichkeit unserer inneren und äußeren Verhältnisse, aus der gewaltigen Abschaffung, aus den Schwierigkeiten der Beschaffung von Rohstoffen und Kapital, aus der gewaltigen Preissteigerungen, der Arbeitslosigkeit und der erheblichen Kurzarbeit. Alle diese Schwierigkeiten haben sich, infolge der Ruhrbesetzung, bedeutend verschärft. Die Verschärfung unserer Wirtschaftslage in den letzten Wochen ist eine schwere Anlage gegen die Wirtschaftspolitik der Weimarer Regierung. Es ist nicht getan worden, um der durch die Ruhrbesetzung bedingten Erhöhung der Schwierigkeiten Wirkung zu begegnen. Erst nachdem der Dollar im Januar auf 50 000 gestiegen war, begann die Preisentwicklung des Devisenmarktes. Es bedurfte erst der bittersten Lehre, ehe man sich überhaupt mit irgendwelchen Zahlen anstrahlte, und dann mußte man zu neuen Vorwürfen greifen, die wir bereits im Juli des vergangenen Jahres machten. (Hört! Hört! Dr. Herk) Der Eingriff des Reiches in die Preisentwicklung wäre bei einem Dollarkurs von 300 viel leichter gewesen als bei einem solchen von 50 000. (Sehr wahr! Auf.) Die ungeheure Schädigung der Masse der Bevölkerung, die Vernichtung ihrer Kaufkraft wäre nicht in dem Umfange möglich gewesen. Das Verhalten der bürgerlichen Parteien und des Reichstages habe aber gezeigt, daß prinzipiell die Interessen der arbeitenden Bevölkerung für das Abwarten der Reichsregierung entscheidend waren.

Die inneren Preise haben sich rapide dem Dollarkurs angeglichen, dadurch den Export unterbunden und ein neues Ausweichen der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit hervorgerufen. Von 0,6 im Juli 1922 lag die Zahl der Arbeitslosen in den deutschen Fachverbänden bis auf 4,4 auf je 1000 Mitglieder im Januar 1923. Die Zahl der Kurzarbeiter wurde im Dezember von 8,7 Proz. auf 13 Proz. im Januar an. Schon vor der Ruhrbesetzung hatten wir 2 Mill. Erwerbslose oder Kurzarbeiter. Trotz dieser damals schon schwierigen Situation wurde nicht gehandelt. Jeder konnte weiter hemmungslos seinem Privatinteresse nachgehen. Herr Becker meinte am 16. Januar, unmittelbar nach der Ruhraktion, aus der Besetzung des Ruhrgebietes ergab sich zwangsläufig der Sturz der Mark, ohne daß man mit irgendwelchen Maßnahmen Einhalt tun könnte. (Hört, hört! bei den Soj.) Zur gleichen Zeit sah er in einem Interim, aus diesen und anderen Gründen betrachteten wir die angebotene Abschonung des Ruhrgebietes mit Gemütsruhe. Diese Worte entsprachen keineswegs dem Gedanken der Unheilstat und mußten die Empfindung hervorrufen, als ob die Reichsregierung bei Willkür der Devisenpolitik, der Rente und Truhe, feinerer Beschränkung aufzulegen wollte. Diese Annahme wird durch das tatsächliche Verhalten des Ministers in der Frage der Rente und des Preisabbaues gestützt. Trotz der steigenden Preise glaubte er am 6. März in einem Bericht erklären zu müssen, daß die Preiswelle nicht durch Lohnsteigerungen auf neue in Bewegung gesetzt werden dürfe. Daher löste

keine Erhöhung der Löhne

eintraten. Das Arbeitsministerium war an diesen Erklärungen völlig unbeteiligt. Der Wirtschaftsminister hatte auf eigene Faust gehandelt. Erst Lohnabbau, dann Preisabbau, das ist der Standpunkt des Ministers, über den bei allen gewerkschaftlichen Organisationen große Empörung herrscht. Die Arbeiterchaft würde mit Freuden in einen Abbau der Papiergelöhne einwilligen, wenn gleichzeitig deren Kaufkraft erheblich gesteigert werden könnte. (Sehr richtig! Auf.) Voraussetzung für den Lohnabbau ist eine vorherige Preislenkung. Es ist nicht wahr, daß die Löhne den Preisabbau verhindern, sie haben nur einen beschränkten Bruchteil der Erzeugnisse und machen nur 20 bis 50 Proz. des früheren Lohnes aus. Die Gewinnkraft von Handel, Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe hat den Preisabbau verhindert! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wo in geringem Umfange ein Preisabbau vorgenommen wurde, erfolgte er stets auf Kosten des Lohnes und des Standes, aber

nie auf Kosten des Profits. Der Abbau der Lohnsteuer, die Ermäßigung der Ausfuhrabgabe, die Erhöhung der Umlagepreise und die nicht erfolgte Erhöhung der Frachten und des Portos haben dem Reiche 2000 und mehr Milliarden gekostet, die es an die Wirtschaft gegeben hat, um einen Preisabbau zu erzielen. Trotzdem ist ein Preisabbau auch nicht annähernd in dem Maße erfolgt, wie die Löhne des Reiches gestiegen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Entwicklung ist vom Minister selbst eingeleitet worden. In einer von ihm herausgegebenen Verordnung vom 16. Dezember sind die Wiederbeschaffungskosten als Grundlage zur Preisberechnung genommen worden, was in der Praxis auf eine Beschleunigung der Preissteigerungen und eine Verlangsamung des Preisabbaues hinauslief. Die Stützungsaktion hat an dieser Wirkung nichts ändern können, weil sie nicht, wie die sozialdemokratischen Pläne aus dem vorigen Jahre, ein gleichzeitiges Vorgehen auf dem Gebiete der Finanzpolitik, der Devisenpolitik und der Handels- und Zollpolitik vorsah.

Neben der Stützungsaktion forderten wir die Devisenkontrolle und Devisenzentrale, handelspolitische und handelsfinanzpolitische Maßnahmen. An dem Widerstand der Interessenten, der auch hier, in diesem Hause, keine Unterstützung fand, scheiterte die Durchführung dieser Pläne. Da

man solche Maßnahmen unterließ, ist in Wirtschaftskreisen auch kein Glaube an die Dauer der Stützungsaktion aufgenommen. Das wird begreiflich, wenn man weiß, daß die Schulden des Reiches vom 19. Januar bis 10. März von 2,2 Billionen auf 6,9 Billionen gestiegen sind und sich der Notenanstieg in derselben Zeit von 1,4 auf 5,5 Billionen erhöht hat. Das Defizit im Reichshaushalt ist in diesen drei Monaten von einigen hundert Milliarden auf mehr als ein halbes Duzend Billionen angewachsen. Auch die Art der Kreditpolitik, insbesondere die Art, wie die Kredite für Anzwecke gegeben worden sind, hat wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen. Kredit ist in einem so ungeheuren Umfang gegeben worden, daß man zu der Annahme kommt, Erwägungen hätten bei der Kreditabgabe die Rolle gespielt, wie sie früher Herr Heilrich bei seiner Finanzpolitik während des Krieges gespielt haben.

Den Abbau der Ausfuhrabgabe hatten wir im letzten Augenblick für unverantwortlich. Doch hätte ich unsere Bedenken gegen die Ausfuhrfreiheit, die Ausfuhr einer Ware auf die Ausfuhrfreiheit bedeutet, daß das Reich nicht mehr den Anteil an den Deviseneinnahmen bekommt, auf denen die Stützungsaktion der Mark beruht hat. Das Entgegenkommen des Reiches ist von

der Wirtschaft nur mit neuen Ansprüchen beantwortet worden. Das Reich hat, trotz des Ruhrkrieges, keinerlei Unterstützung durch die maßgebenden Wirtschaftskreise erfahren. Der erste Akt der

Staatsfeindschaft der Besten

zeigte sich bei der Dollar-Kaufleihe. Ihr Ergebnis ist der Beweis für den völligen Mangel an gutem Willen der Wirtschaftskreise zur Stützung der Mark. Von den gezeichneten 50 Millionen ist ein erheblicher Teil mit Devisen bezahlt worden, die vorher und nachher an der Börse zurückgekauft wurden. Der zweite Akt der Staatsfeindschaft der Besten ist ihre Haltung zur Stützungsaktion, die für viele eine gute Gelegenheit war, ihre Devisenbestände zu vermehren. Nicht die feindlichen Ausländer haben Deutschland so empfindlich geschädigt, sondern feindliche Deutsche. Reichliche Markbeträge wurden im Ausland von sehr nationalen Kreisen verkauft, die sonst für den Widerstand bis zum Überdauern eintraten. Am Montag und Mittwoch dieser Woche erforderte die Intervention der Reichsbank insgesamt zwei Millionen englische Pfund (Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten.) Diese Spekulation auf den Sturz der Mark ist durch das Verhalten der Reichsbank erleichtert worden, welche die Kreditgewährung außerordentlich erleichterte. Daran trägt auch der Wirtschaftsminister die Schuld, der meinte, daß Kredite in sehr großem Umfange gegeben werden müssen. Die Reichsbank hat geteilt ihre Marneeschlacht verloren, weil der Grund der ganzen Situation in den Kreisen der Regierung und der Reichsbank nicht in vollem Umfange erkannt wurde. Bewunderlich ist auch, daß die Reichsbank von dem Mittel der Verknappung des Kredits durch scharfe Diskontforderungen keinen Gebrauch gemacht hat. Wir fordern unter allen Umständen die Fortsetzung der Stützungsaktion und wenden uns gegen eine Dollarkaufleihe auf 28 000 bis 30 000. Das würde nicht nur ein Zeichen an alle Kreditnehmer der Reichsbank sein, sondern auch ein neues Anzeichen der Notwendigkeit zu totaler Lauf zu bedeuten. (Die vom Abg. Herk am Schluß seiner Rede vorgebrachten sozialdemokratischen Forderungen bringen wir an anderer Stelle.) Ohne die Stützungsaktion durch neue Preissteigerungen, neue Unruhen in unserem Wirtschaftsleben gefährden wir am allermeisten die Aktion an der Ruhr. Wer sie bis zu dem Augenblick der Verhandlungsbereitschaft Frankreichs und Belgien halten will, muß jetzt die Notwendigkeit einsehen, Wirtschaftspolitisch und Finanzpolitisch auf lange Sicht hinaus zu treiben. (Sehr wahr! bei den Soj.)

Präsident Lohde befragte den Abg. Herk im Namen des Reichstages zum 30jährigen Jubiläum seiner Doktorwürde, worauf der Jubilar dem Präsidenten und dem Reichstag seinen Dank zum Ausdruck bringt.

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker:

Ich habe nicht die Absicht und das Bedürfnis, eine programmatische Erklärung zur Wirtschaftspolitik abzugeben in einem Augenblick, wo es gilt, drängen praktische Wirtschaftspolitik zu treiben, vor allem im Interesse unseres Kampfes an der Ruhr. (Sehr richtig!) Der Wirtschaftsminister darf niemals Wirtschaftspolitik für eine Gruppe treiben, sondern er ist eben Wirtschaftsminister für die ganze deutsche Wirtschaft. Wenn ich von diesem Range einmal scheide, dann will ich von hier weggehen mit dem guten Gewissen, das derjenige hat, der seine Pflicht für alle zu erfüllen versucht hat. Das eine Anlagende gegen mich kommen würde, haben Sie wohl alle erwartet; das sie allerdings vom Abg. Herk kommen werde, hätte ich nicht geglaubt. Ein großer Teil meiner Kollegen richtete sich gegen die Politik des Finanzministers. Die Frage, wie wir die Wirtschaft brühen dürfen, sollten wir nicht in der Öffentlichkeit behandeln.

Auch ich bin der Meinung, daß in der Kreditlenkung konstante Fortschritt gegeben werden muß, und ich will ohne weiteres zugeben, daß vielleicht hier und dort und sogar in weiterem Umfange es vorgekommen ist, daß ein Kredit nicht ganz zu dem Zweck verwendet worden ist, zu dem er gegeben ist. Im großen und ganzen sind wir grundsätzlich darüber einig, daß ohne große Kreditgewährung der Abwehrkampf an der Ruhr nicht zu führen ist. Der Kampf ist deswegen so furchtbar schwer, weil die ganze Wirtschaft dort abgelehrt ist. Nicht nur die Einfuhr, sondern auch die Ausfuhr ist unterbrochen. Alles was drüben gearbeitet wird, wird abgelehrt von dem bescheidenen Absatz im deutschen Gebiet, und Lager gearbeitet, alle Ausgaben werden also auf der Lasten gemacht, in die

Die Unruhen in Wülheim.

Wien, 19. April.

Die Demonstrationen der Rothbänderarbeiter und Gewerkschaften in Wülheim/ Ruhr haben bis spät in die Nacht hinein fortgedauert. Am Donnerstag früh sind drei Waffengeschäfte geplündert worden; die Demonstranten konnten sich zum Teil mit Waffen versehen. Die Stadt wird durchstreift. Man sucht nach den Kriminalpolizisten, die am gestrigen Tage geflohen haben sollen. Automobile, Fuhrwerke und Straßenbahnen werden angehalten. Die Geschäfte sind geschlossen. Der Straßenbahnverkehr ist vollständig eingestellt. — In Essen fand am Donnerstag früh ebenfalls eine Demonstration statt, die in einer von Kommunisten einberufenen Versammlung aufgelöst worden war. Auch hier zeigte sich wieder, daß sich unter den Demonstranten ein großer Teil auswärtiger Elemente befand. In dieser Versammlung wurde unter anderem auch beschlossen, das Rathaus, das Arbeitsamt und das Wohlfahrtsamt, gegebenenfalls mit Gewalt, zu besetzen. Falls Angriffe von Selbstschutz oder der Feuerwehr erfolgen sollten, soll ebenfalls zum Angriff übergegangen werden. Es wurde den Demonstranten empfohlen, sich mit Gummitrupfen und Steinen für den Angriff zu bewaffnen. Sollte die Aktion nicht gelingen, dann war beabsichtigt, sich am Freitag an die Franzosen zu wenden, um ihnen die Arbeitskräfte der Rothbänderarbeiter und Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen. Die Hauptforderungen der Rothbänderarbeiter sind: eine einmalige Ausgleichszahlung von 120 000 Mark für Verheiratete und für Ledige von 100 000 Mark; für die Arbeitslosen eine Unterstützung von 10 000 Mark pro Tag, angedeutet für die Frau 1000 Mark und für jedes Kind 500 Mark. Zulage. Die Entlohnung der Rothbänderarbeiter erfolgt nach dem Tischbänderarbeiter-Tarif. Die Städtevereinigung im Ruhrgebiet hat jedoch beschlossen, den Rothbänderarbeitern eine soziale Zulage zu gewähren, die für verheiratete Arbeiter ohne Kinder 4000 Mark, mit einem Kind 5000 Mark, mit zwei Kindern 6000 Mark, und mit drei und mehr Kindern 7000 Mark, wöchentlich betragen soll. Mit dieser Unterstützung erhalten die Rothbänderarbeiter höhere Löhne als die in Arbeit befindlichen Bauarbeiter.

Die Stadtverwaltung in Essen hat, im Einverständnis mit den Arbeiterorganisationen, Maßnahmen getroffen, um das Rathaus zu schützen. Als die Demonstranten am Donnerstag von diesem Zeitpunkt der Stadt erfuhren, versammelten sie sich in einem größeren Zitat. Es fanden Verhandlungen mit der Stadtver-

waltung statt, und heute abend soll eine Kommission nach Berlin zum Arbeitsminister fahren, um dort weiter über die Angelegenheit zu verhandeln. Die Führer der Demonstranten waren nicht mehr in der Lage, in der Versammlung die Massen zusammenzuhalten. Sie wandten sich an die Stadtverordneten Steinbüchel und Keller und betraugten von ihnen, daß sie sofort mit in die Versammlung gehen sollten, um die Massen zu beruhigen. Beide lehnten dies jedoch ab und erklärten, daß sie nicht dafür da seien, die von Kommunisten und Syndikalisten aufgepeitschten Massen zu beruhigen.

Eine von den Syndikalisten in Wülheim geführte abendliche Versammlung hat beschlossen, einen 24stündigen Generalstreik anzukündigen. Weitere Forderungen sind:

1. Sofortige Freilassung der Gefangenen.
2. Sofortige Bildung eines proletarischen Ordnungsdienstes durch alle Arbeiterorganisationen.
3. Sofortige Entwaffnung des bürgerlichen Selbstschutzes.
4. Sofortige Entschädigung aller Verwundeten und Hinterbliebenen durch die Stadt Wülheim in voller Höhe, nebst freier ärztlicher Behandlung.
5. Sofortige Erfüllung der Forderungen der Arbeitslosen und Rothbänderarbeiter.

Am 21. April ist seitens der Kommunisten eine Erwerbslosenkonferenz nach Bremen einberufen worden. Die Konferenz soll allgemeine Forderungen und Richtlinien aufstellen.

Wülheim, 20. April.

Gestern abend um 8 Uhr besand sich die Stadt in den Händen der Aufrührer. Das Rathaus wird von ihnen ständig mit Infanterie besetzt und Jagdflinten unter Feuer gehalten. Die strengsten Verordnungen werden beachtet. Die vollständig passiv. Sie haben das Verlangen der deutschen Behörden um Zulassung von Schutzpolizei und Gendarmen zur Bekämpfung der Unruhen abschlägig beschieden. Zurzeit wird mit dem General Debnigues in Düsseldorf in dieser Angelegenheit verhandelt. Die Aufrührer haben die Angelegenheit der Stadt abgelehrt und über eine strenge Polizeikontrolle aus.